

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden  
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241  
Fax für Nachrichten: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Januar 1928 bei halbjähriger Bestellung drei Haus 1,26 Mk. Goldmarken für Monat Januar - Mark ohne Postzusatzgebühren.  
Einzelnummer 10 Pfennig.  
Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet die einseitige 3 mm breite Zeile 1/2 Pf. für 24 Stunden. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 1/2 Pf. außerhalb 25 Pf. die 10 mm breite Reklameweile im 1/2 Pf. außerhalb 50 Pf. Chiffrengebühr 20 Pf. Ausm. Kultur der gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/42  
Druck u. Verlag von Neipich & Reichardt in Dresden  
Vollständig-Ronto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. Dresdner Nachr. ist für alle Unberechtigungen Verantwortlich. Nachdruck ohne Genehmigung ist strafbar.

## Hergt über Verreichlichung der Justiz. Eine Rede im Haushaltsausschuß. — Der Erbauer der Leuna-Werke des Betruges verdächtig.

### Wo und wie gespart werden kann.

#### Die Verschiedenartigkeit der Justizleistungen.

Berlin, 12. Januar. Im Haushaltsausschuß des Reichstags ergriff bei der Weiterberatung des Justizhaushalts gleich zu Beginn der heutigen Sitzung Reichsjustizminister Hergt das Wort zu Ausführungen über die Verreichlichung der Justiz. Im Vordergrund standen für manche Kreise allgemeine politische und unitarische Gesichtspunkte: Verkärzung der Hoheitsrechte des Reichs auf Kosten der Länder. Zu dieser politischen Frage wolle er sich heute nicht äußern. Er verbitte sich solche Gedankenansätze nicht zu eigen. Andere stellen die Frage des Rechts selbst in den Vordergrund. Man denke dabei an

#### die Verschiedenartigkeit der Ausführungsarten

in den deutschen Ländern, an die Verschiedenartigkeit der Ausbildung der Juristen, die Verschiedenartigkeit der Organisation der Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft des Bundes und der Länder usw. Weiter hieß es auch der Gedanke der Rationalisierung und des Gewinns könnten die Länder innerhalb ihres Bereiches eine Art Rationalisierung, d. h. Vereinfachung und Verebilligung der Justizverwaltung herbeiführen; wenn hier die Verreichlichung der Justiz verlangt wird, so erwartet man gerade von der zentralen Stelle besondere Ergebnisse durch Zusammenfassung von Stellen und Bereichen. Heute sei die dringende Frage das Interesse

#### von solchen Ländern, die Finanzschwäche leiden,

denen man zu helfen gedente durch Abtretung einer Teilhoheit an das Reich auf dem Gebiete, auf dem gerade das Defizit in die Erscheinung trete. Bekanntlich wolle jede Justizverwaltung in den deutschen Ländern ein Defizit auf. Das seien aber keine Fragen des Reichsjustizministeriums für sich allein. Gewiß sei die Justizverwaltung daran außerordentlich interessiert, namentlich an solchen Fragen, die auf dem Rechtsgebiete selber liegen. Sie sei berufen, juristisch-technisch die erforderlichen Untersuchungen anzustellen. Sie werde die Fragen zu klären haben, wo Verfallungsänderungen vorliegen usw.

Die Frage selbst aber sei eine hochpolitische; deshalb werde sich mit ihr auch die Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin am 16. und 17. Januar zu beschäftigen haben.

Der Reichsanwalt habe in München schon zum Ausdruck gebracht, daß man an die Frage: Verwaltungsreform von Reich und Ländern, nicht einseitig von Reich wegen herangehen könne. — Er für seine Person mache sich diesen Standpunkt des Herrn Reichsanwalts aus vollster Ueberzeugung zu eigen. Heute könne er hier als Reichsjustizminister den Fragen unmöglich vorreifen. Die Frage, den Zusammenhang zu verringern usw., verfolge die Reichsjustizverwaltung mit größter Aufmerksamkeit. Viel ist schon schon sehr viel bleibt auch noch zu tun übrig. Wenn Endes könnten wir an die großen Fragen des Justizabbaus

erst herangehen, wenn wir die Verfahrensebene unter Dach und Fach haben.

Der Minister gina dann auf die Frage der einheitlichen Ausbildung der Juristen ein.

Bezüglich der Freizügigkeit der Rechtsanwälte verhielten sich die Länder vielfach ablehnend. Auch in der Anwaltschaft sei die Auffassung geteilt. Der Gegenstand sei über die unehelichen Kinder liege im Reichsrat. Die Zivilprozessreform werde nach Fertigstellung der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Die Kritik des Abgeordneten Dr. Kollfeld sei nur auf dem abweichenden politischen Standpunkt

### Explosionsunglück im Hamburger Hafen.

35 Verletzte — 2 Vermisste.

Hamburg, 12. Jan. Im Hafen, genau vom Neihafen, ereignete sich heute morgen kurz vor 7 Uhr auf einer mit etwa 90 Arbeitern besetzten Motorbarke der Stamerl-Werke eine Minorerevolution. Der Explosionsangriff eine starke, fast haushohe Stichflamme voraus, worauf eine starke Detonation erfolgte, die weit umher im Hafen vernommen wurde. Ein Teil der in der Barke befindlichen Arbeiter sprang sofort über Bord. Schnell herbeigeeilte Parolien, Nährdampfer und Schweißdampfer retteten die über Bord gesprungenen Arbeiter, die aus dem Wasser herbeigeholt wurden. Nach den bisherigen amtlichen Feststellungen sind etwa 35 Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt. Die meisten der Verletzten befinden sich im Hafenkrankenhaus. Zwei Arbeiter werden noch vermisst. Die Barke wurde abgebaut. Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt.

Zu dem Unglück bemerkt der Polizeibericht, daß nach Polizeiverordnung berufliche Parolien in bestimmten Zwischenräumen behördlich überprüft werden. Die fragliche Barke ist von der Polizeibehörde und Bau-polizei vorläufig am 28. Dezember 1926 überprüft worden. Sie war für 94 Personen angesetzt.

erklärt. Es komme nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität der Arbeit unserer Gefäßesmaschine an.

Der Minister erörterte dann eine Reihe weiterer gesetzgeberischer Maßnahmen. Die Fragen des Handelsregisterbuchs und der Gewerbeordnung seien dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung zugeleitet. Bezüglich des Reichsgerichtes sei man auf weitere Entlastungsmaßnahmen bedacht. Zum Schluss erklärte der Minister er laube ansetzt zu haben wie stark sein Ressort in der Arbeit begriffen sei und er hoffe, daß diese Arbeit auf allen Gebieten im Laufe des Jahres erfolgreich sein werde.

In der anschließenden Aussprache, die vom Abg. D. Dr. Kahl eröffnet wurde, sprachen noch Redner der Linken und der Demokrat Daab. Die Beratungen dauern an.

### Der Millionenschwindel in Leuna.

#### Verfahren auch gegen zwei Direktionsmitglieder.

Berlin, 12. Jan. Die bereits seit Monaten schwebende Betrugsangelegenheit bei den Leunawerken zieht immer größere Kreise. Der Verdacht richtet sich jetzt auch gegen zwei Mitglieder des Leunadirektoriums, und zwar vor allem gegen den Erbauer des Werkes, Oberbaumeister Schönberger, sowie gegen den Vorsteher der Rechtsabteilung Dr. Poller. Gegen Direktor Schönberger, der vor einigen Tagen ganz plötzlich seinen Posten im Leunawerk aufgegeben hat und nach Ludwigshafen, dem Hauptsitz des Konzerns, verzogen ist, hat der Untersuchungsrichter bereits die Voruntersuchung eingeleitet.

Wie eine hiesige Korrespondenz aus Halle erfährt, hat die Staatsanwaltschaft auch das Verfahren gegen Dr. Poller eingeleitet. Der Verdacht gegen die beiden ruht sich in der Hauptsache darauf, daß sie sich auf Kosten der Leunawerke die Aufdeckung der Millionenbetrügereien des verstorbenen Unternehmers Schönfeld und der mit ihm in Verbindung stehenden Beamten der Leunawerke verschuldet haben. Schönfeld hat bisher rund 25 Millionen Mark aus den Leunawerken herbeigeschafft, während eine von ihm angeführte Kasse auf Zahlungen von 11 Millionen Mark, die er auf gefälschte Rechnungen und ähnliche Unterlagen stützt, noch schwebt.

In Weimar, wo er früher lediglich Inhaber einer kleinen Malerfirma gewesen war, gilt er als einer der reichsten Leute mit dem Spitznamen „Der kleine Tintner“. Von seinen durch die fortlaufende Einreichung fingierter Rechnungen erhaltenen Summen gab er etwa 25 Prozent an seine Helfer, die im Leunapark selbst, an Ingenieur Stöck und die Beamten Schlenker und Hechenberg, ab. Die von ihm eingesetzten 11 Millionen Reichsmark beziehen sich auf ganz einfache Anträge von Mauer- und Eisenwerk. Verantwortlich für Zahlungsverbindungen und -ausgänge war der Chef der Bauabteilung Oberbaumeister Schönberger. Dieser hatte sich, nachdem er bereits mehrere Male vom Staatsanwalt vernommen worden war, nach Ludwigshafen zur Verhinderung der Generaldirektion begeben.

Nachdem das Verfahren gegen ihn nunmehr eingeleitet worden ist, erfolgte die sofortige Amtsenthebung von Schönberger. Direktor Dr. Poller, der die abzuwickelnden Verträge, darunter auch Lieferungsverträge zu prüfen hatte, wird zum Vorwurf gemacht, daß er den Charakter der vorliegenden Scheinverträge nicht rechtzeitig erkannt habe. Wie die hiesige Korrespondenz weiter hört, wird das Ermittlungsverfahren auch noch auf andere Angehörte aus den maßgebenden Abteilungen der Leuna-Werke wegen Fahrlässigkeit eingeleitet werden.

### Das Problem der Simultanerziehung.

#### Der Gegenstand Zentrum-Volkspartei.

Berlin, 12. Jan. Wie die Z.-V. von Zentrumstelle erfährt, haben die Besprechungen des interfraktionellen Ausschusses über die Schulvorlage bezüglich der Simultanerziehung zu keinerlei Verständigung geführt. Die Gegenstände zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei haben sich in dieser Frage eher noch verschärft. Das Zentrum hat bestimmte Mindestforderungen gestellt, von denen es erklärt, nicht abgehen zu können.

Berlin, 12. Jan. Der Bildungsausschuß des Reichstages beriet heute die Paragrafen Schulaufsicht und Schulverwaltung. Gegenüber sozialdemokratischen Forderungen wies Abg. Dr. Schreiber (Z.) auf die besonderen Aufgaben und Leistungen der Weltlichkeit namentlich auf dem Gebiet der Volkshilfsvereine hin — Frau Abg. Dr. Bäumer (Dem.) verlangte Aufklärung, ob nur evangelische Pfarrer katholische Pfarrer und Rabbiner in der Aufsicht vertreten andere Bekennnisgruppen inwiefern auszuweisen sein sollen — Abg. Dr. Kunkel (Z. V.) erkannte die Forderung, daß Lehrer und Weltliche in der Aufsicht gleichberechtigt sein müssen, als richtig an.

Ministerialdirektor Vellenganz erwiderte, daß die Weglassung von „evangelische, katholische Pfarrer Rabbiner“ eine Begrenzung darstellen solle. Abg. Wewenkamp (Z.) hält es für ungerade, den weltlichen Vertretern die Stimme zu geben, daenen den Vertretern der weltlichen Schule nicht. Abg. Hofmann-Ludwigsdorf (Zentrum) wies den Vorwurf der Intoleranz zurück. Seine Partei sei im Gegenteil der Meinung, daß auch Vertreter der Jugendorganisationen in die Schulaufsicht hineinzuempfangen seien. Abg. Wewenkamp (Z.) will keine Gleichstellung der Lehrerschaft und Weltlichkeit im Schulverwaltungsrat.

Der Vorstand der Deutschen Studentenenschaft hat die Spitzen sämtlicher studentischer Gruppen und Verbände ohne Rücksicht auf ihre politische Konfessionelle oder weltanschauliche Einstellung für den 6. Februar nach Berlin zu einer Ausdrucks über die Weiterführung der studentischen Arbeiten an den preussischen Hochschulen einzuladen, nachdem eine ähnliche Aussprache bereits für Mitte Dezember geplant war, damals aber nicht stattfinden konnte.

## Die Kriegsgeschädigten haben das Wort.

### Anhörung im Kriegsgeschädigtenausschuß.

Berlin, 12. Januar. Der Kriegsgeschädigtenausschuß des Reichstags gab heute Vertretern der „Arbeitsgemeinschaft für den Erlass von Kriegs- und Verdrängungsschäden“ Gelegenheit, sich zu der Vorlage der Reichsregierung zu einem Kriegsgeschädigtengesetz zu äußern. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft, Stadtrat Witt, der auf die schweren Folgen der Verdrängung der Vorlage durch die Reichsregierung hinwies, erörterte Geheimrat Große vom „Bund der Auslandsdeutschen“ die grundlegenden Unterschiede zwischen der Liquidationsentschädigung und der Aufwertungsfrage. Während die Liquidationsgeschädigten sich auf wohlerworbene Rechte aus dem Enteignungsgesetz stützen könnten, das ihnen eine „angemessene Entschädigung“ zusichere habe die Aufwertungsfrage die Grundlage für die Inflationsgläubiger des Reiches erst neue Rechte schaffen müssen. Die Absicht der Reichsregierung, den Anspruch auf angemessene Entschädigung jetzt durch ein unzulängliches Gesetz zu befestigen, müsse das Rechtsgefühl der Geschädigten schwer erschüttern und zu ihrer Zersplitterung führen, die sich auch im Parteilichen auswirken drohe und im Ausland zur Abkehr vom Deutschland führe und den Willen der Auslandsdeutschen zerstöre, für die Heimat wirtschaftlich tätig zu sein.

Dr. Ritter, der Vertreter der hanseatischen Liquidationsgeschädigten, verlangte für das Gesetz einen Vorbehalt außenpolitischer Art. Solange der Verfall der Verträge in seinen Vorschriften über die Schadloshaltung der Liquidationsgeschädigten nicht erfüllt sei, dürfe das Gesetz kein Schlußgesetz sein. Das Reich müsse bei den Verhandlungen über die endgültige Festlegung der Reparationslast unter allen Umständen die lokale Durchführung der Entschädigungsverpflichtungen dringen. Sollte in dem bevorstehenden Haager Schiedsgericht das Reich obliegen, so müsse der dem Reich freigebliebene Betrag der

Liquidationserlöse aus dem Privateigentum den Auslandsdeutschen ungeklärt den Liquidationsgeschädigten zufällig zustehen.

Gouverneur a. D. Dr. Kahl vom Reichsverband der Kolonialdeutschen“ unterzog die Grundgedanken der Vorlage einer kurzen Kritik. Die Vorlage stelle sich erzwungenermaßen auf den Wiederaufbauebenen ein, aber weder nach der Höhe noch der Staffelung der Entschädigungsquoten, noch hinsichtlich der Zahlungsmittel erfüllte sie innerlich die Voraussetzungen der notwendigen Wiederaufbauarbeit. Auf die Vorlage besonders der Kriegsgeschädigten und der alten und gebrechlichen entwürdigten Geschädigten wies Direktor Günsel vom „Deutschen Oidbund“ hin. Er forderte die Einstellung eines Fonds zur Entschädigung des Existenzverlustes für die Kriegsgeschädigten. Schließlich begründete Dr. Purper vom „Hilfsbund für die Elb-Flotzringer im Reich“ die Wünsche der Arbeitsgemeinschaft hinsichtlich der Ausgestaltung des Schlußverfahrens.

### Großfeuer bei Daimler-Benz.

Gaggenau, 12. Jan. Gestern abend, kurz nach 9 Uhr brach aus bisher unbekannter Ursache im Hauptmagazin der Daimler-Benz-Werke Gaggenau ein Großfeuer aus, das das Gebäude in wenigen Minuten vollkommen in Flammen setzte. Nach Einsetzen der Motorspritze wurde nach zweifelhafte, flieberholter Tätigkeit der Brand auf seinen Verdr beschränkt. Das Magazin wurde vollkommen eingestürzt, so daß der Schaden sehr bedeutend sein dürfte.

### 100 Bergleute verschüttet.

London, 12. Januar. Aus Cali in Kolumbien wird berichtet, daß mehr als 100 Bergarbeiter in der Paz-Goldminen-Grube durch Einsturz eines Schachtes 800 Meter unter der Erde eingeschlossen wurden.